

Insolvenzbekanntmachung

Datum: 13.07.2026
Gericht: Amtsgericht Bremen
Betreff: Sonstiges
Unternehmen: VS Dienstleistungs GmbH

526 IN 8/19: In dem Insolvenzverfahren über das Vermögen der VS Dienstleistungs GmbH, Faulenstr. 67, 28195 Bremen (AG Bremen, HRB 26048 HB), vertr. d.: [REDACTED],

[REDACTED], (Geschäftsführer), wird der Vornahme der Schlussverteilung zugestimmt und besonderer Prüfungs- und Schlusstermin im schriftlichen Verfahren bestimmt auf den 06.10.2026.

Den Beteiligten wird Gelegenheit gegeben, spätestens bis einen Tag vor diesem Termin schriftlich Einwendungen gegen die Schlussrechnung des Insolvenzverwalters, das Schlussverzeichnis, die eventuelle Einstellung des Verfahrens wegen Masseunzulänglichkeit gemäß § 211 InsO sowie gegen die Nichtverwertbarkeit der aus dem vollstreckbaren Titel wegen Geschäftsführerhaftung bestehenden Ansprüche gegen den ehemaligen Geschäftsführer gemäß § 197 Abs. 1 Nr. 3 InsO zu erheben.

Hinweis:

Liegen bis zum Fristablauf keine schriftlichen Einwendungen gegen die Nichtverwertbarkeit vor, gilt die Zustimmung zur Freigabe als erteilt.

Die Gläubiger und die Schuldnerin können innerhalb der gesetzten Ausschlussfrist den nachgemeldeten Forderungen schriftlich widersprechen.

Rechtsbehelfsbelehrung

Die Zustimmung zur Vornahme der Schlussverteilung kann mit der befristeten Erinnerung angefochten werden. Sie ist innerhalb einer Notfrist von 2 Wochen bei dem Amtsgericht Bremen, Ostertorstr. 25 - 31, 28195 Bremen (Elektronisches Gerichts- u. Verwaltungspostfach: govello-1133344563234-000000050) einzulegen. Die Frist beginnt mit der Zustellung bzw. mit der Verkündung der Entscheidung. Erinnerungsberechtigt ist, wer durch diese Entscheidung in seinen Rechten beeinträchtigt ist. Die Erinnerung kann durch Einreichung einer Erinnerungsschrift eingelegt oder auch zu Protokoll der Geschäftsstelle eines jeden Amtsgerichts erklärt werden, wobei es für die Einhaltung der Frist auf den Eingang bei dem Amtsgericht Bremen, Ostertorstr. 25 - 31, 28195 Bremen (Elektronisches Gerichts- u. Verwaltungspostfach: govello-1133344563234-000000050) ankommt. Sie ist von dem Erinnerungsführer oder seinem Bevollmächtigten zu unterzeichnen. Die Erinnerung muss die Bezeichnung des angefochtenen Beschlusses sowie die Erklärung enthalten, dass Erinnerung gegen diesen Beschluss eingelegt wird. Soll die Entscheidung nur zum Teil angefochten werden, so ist der Umfang der Anfechtung zu bezeichnen.

Die Erinnerung soll begründet werden.

Amtsgericht Bremen, 06.07.2026